

Offener Brief

Zeit für einen demokratischen Reset – globale Krisen brauchen Global Governance im öffentlichen Interesse

Offener Brief an die globale internationale Gemeinschaft. Bitte unterzeichnen Sie bis zum 15. April 2021. Unterschriften von Organisationen sind sehr wichtig, aber auch individuelle Unterschriften sind erwünscht. Der Brief wird im Vorfeld des Weltwirtschaftsforums (WEF), das im Mai 2021 in Singapur stattfinden wird, veröffentlicht.

Wir, die Unterzeichner, schließen uns in einer Zeit beispielloser globaler Herausforderungen zusammen, um öffentlich die Einmischung von Unternehmen in die Global Governance und die Privatisierung demokratischer Entscheidungsfindung auf allen Ebenen anzuprangern.

Die Welt steht vor einer Reihe ineinandergreifender und noch nie dagewesener Krisen: eine zunehmende Gesundheitskrise, eine sich entfaltende Wirtschaftskrise, eine von sozialer Spaltung und Hass geprägte Krise, die von nationalistischen und rassistischen Kräften geschürt wird, und eine globale Umweltkrise, die das Leben auf der Erde bedroht.

Die Lösungen für diese grundlegenden Krisen können nur aus demokratischen Entscheidungsprozessen kommen, die auf den Prinzipien der Beteiligung der Bevölkerung, der Rechenschaftspflicht in Bezug auf die Menschenrechte, der globalen Zusammenarbeit und dem öffentlichen Interesse basieren. Stattdessen sehen wir, wie Regierungen die Beteiligung der Öffentlichkeit einschränken, während sie die Rolle der Konzerne bei der Steuerung von Schlüsselbereichen des Lebens – vom Wasser bis zur Gesundheit – stärken. Weltweit ziehen sich Regierungen in nationalistische Bunker zurück oder übergeben die Kontrolle an sogenannte Multistakeholder-Gremien, die von Konzerninteressen dominiert werden.

Diese Multistakeholder-Gremien werden als agile Entscheidungsgremien verkauft, die „alle an einen Tisch bringen“. In Wirklichkeit fehlt es ihnen an grundlegenden Prinzipien demokratischer Rechenschaftspflicht, sie erlauben denjenigen mit den meisten Ressourcen, die Entscheidungsfindung zu dominieren, und bringen „Lösungen“ hervor, die selten denjenigen zugutekommen, die am stärksten von unseren aktuellen Krisen betroffen sind.

Die Reaktion der Weltgemeinschaft auf die COVID-19-Pandemie ist typisch. Die reichsten Länder haben sich beeilt, exklusive Verträge mit privaten Pharmaunternehmen abzuschließen, um so viele Impfstoffe wie möglich für ihre eigenen Bevölkerungen zu sichern. Derweil wurde die Verantwortung für die Verteilung der Impfstoffe an die Ärmsten an eine neue Multistakeholder-Gruppe, COVAX, ausgelagert, die als finanzieller Vermittler zwischen Impfstoffherstellern, der Gates Foundation und den Gesundheitsbedürfnissen der Weltbevölkerung fungiert. Dieses Modell hat die langjährigen humanitären Hilfssysteme, die von den Vereinten Nationen (UN) organisiert wurden, aufgegeben und konnte die grassierende Ungerechtigkeit bei der Verteilung von Impfstoffen nicht verhindern und den globalen Bedarf nicht decken. Bis Mitte Januar 2021 hat COVAX benötigte Impfstoffe nicht an Menschen in einkommensschwachen Ländern geliefert, während in den reichsten Ländern 39 Millionen geimpft wurden – in den Augen des Generaldirektors der Weltgesundheitsorganisation (WHO) ein „katastrophales moralisches Versagen“. Es ist auch ein Versagen der privatisierten Global Governance.

Im Zuge der Pandemie hat das WEF, das diese Woche tagt, einen „Great Reset“ gefordert. Dabei ist Multistakeholder-Governance eine seiner Hauptforderungen, für die sich dieses von Unternehmen geführte Forum seit seiner Gründung einsetzt. Die Beteiligten versuchen daher, die aktuelle Krise zu nutzen, um ein Governance-Modell zu etablieren, das die Interessen transnationaler Konzerne begünstigt. Die Forderungen dieses weltweit führenden unternehmensfreundlichen Forums sollten mit gesunder Skepsis betrachtet werden, da es die Interessen eines privilegierten Sektors vertritt. Stattdessen haben die UN ihre Türen für das Weltwirtschaftsforum geöffnet, indem sie ein strategisches Partnerschaftsabkommen mit ihm unterzeichnet haben, das einen noch nie dagewesenen Zugang zum UN-System ermöglicht (1). Der „Great Reset“ des WEF sollte treffender als „Great Take Over“ bezeichnet werden.

Der Kampf um effektive, demokratische Institutionen auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene ist daher heute eine unserer größten Herausforderungen. Wir können nicht zulassen, dass Entscheidungen über jeden Aspekt unseres Lebens von privaten Profitinteressen statt vom Gemeinwohl bestimmt werden. Deshalb schließen wir uns zu einer Mobilisierung zusammen, um die Einmischung von Unternehmen in kritische politische Entscheidungsfelder zu stoppen, die für die Verteidigung des Gemeinwohls unerlässlich sind. Wir fordern, dass Staaten, nichtstaatliche Akteure und die Zivilgesellschaft die Schaffung von Multistakeholder-Mechanismen stoppen und einen partizipativen, auf die Menschen ausgerichteten Multilateralismus verteidigen. Wir fordern die Staaten auf, dringend ihre legitime und verpflichtende Verantwortung wahrzunehmen, eine partizipative Regierungsführung im öffentlichen Interesse sicherzustellen.

Wir fordern eindringlich folgende Sofortmaßnahmen

– **Gesundheitskrise:** eine globale Konferenz der WHO mit signifikanter zivilgesellschaftlicher Beteiligung und unter Ausschluss der Konzerne, insbesondere der großen Pharmakonzerne und der mit ihnen liierten Wirtschaftsverbände und Tarnorganisationen. Sie sollte darauf abzielen, zu verbindlichen Verpflichtungen zu kommen, in Übereinstimmung mit den Befugnissen der WHO zur Anbahnung von Verträgen und in Anlehnung an das bewährte Modell des Rahmenübereinkommens der WHO zur Eindämmung des Tabakgebrauchs (WHO FCTC).

– **Ernährung und Landwirtschaft:** eine internationale politische Antwort auf die Hungerkrise im Zusammenhang mit COVID-19 seitens des UN-Ausschusses für Welternährungssicherheit (CFS). Wir brauchen eine radikale Transformation der industriellen und von Konzernen kontrollierten Ernährungssysteme hin zu gesünderen, nachhaltigeren und gerechteren Ernährungssystemen, die auf Ernährungssouveränität, agrarökologischen Prinzipien und den Menschenrechten und den Rechten der Völker basieren. Wir rufen Regierungen, Organisationen der Zivilgesellschaft und Wissenschaftler*innen dazu auf, den UN-Welternährungsgipfel und die zahlreichen Multistakeholder-Räume zu Ernährung und Landwirtschaft wegen ihrer grundsätzlichen Orientierung an Konzerninteressen und wegen der Ausgrenzung des CFS in Frage zu stellen. (2)

– **Bildung:** signifikante Erhöhung der staatlichen Mittel für kostenlose öffentliche Bildung; Erweiterung der Steuerbasis, um kostenlose, qualitativ hochwertige Bildung für alle zu ermöglichen und den Trend zur Privatisierung und Kommerzialisierung von Bildung zu beenden.

– **Digitale Rechte:** ein neuer globaler demokratischer Governance-Mechanismus für Fragen und Maßnahmen im Bereich digitaler Systeme, auf der Grundlage der Arbeit eines neuen multilateralen Gremiums, das Entwicklungsländer und Bürger*innenbewegungen seit 2015 fordern. (3)

– **Klima:** Die Regierungen müssen sofort handeln und Konzerne, die die Klimakrise und den Verlust der biologischen Vielfalt vorangetrieben haben, sowie ihre Vertreter*innen von den Verhandlungen über den Klimavertrag (UNFCCC) und den Verhandlungen über die Konvention über die biologische Vielfalt (CBD) auszuschließen, auch von den 2021 stattfindenden Verhandlungen. Wir fordern die Regierungen auf:

- 1) eine Interessenkonfliktpolitik voranzutreiben, die die globale Klimapolitik vor der Einmischung der großen Umweltverschmutzer und derjenigen, die sie vertreten, schützt und die Regierungen verpflichtet, Maßnahmen zum Schutz der Politikgestaltung auf nationaler Ebene zu ergreifen,
- 2) den Industrien, die fossile Brennstoffe fördern, verarbeiten und verkaufen, und solchen, die die Klimakrise verschärfen, die Einflussnahme auf klimapolitische Konferenzen zu verbieten,
- 3) die Versuche der Konzerne zurückzuweisen, sich in solche Verhandlungen einzuschleusen, und
- 4) die Forderung zu unterstützen, die Konzerne für die Auswirkungen der jahrzehntelangen Einmischung in die Klimapolitik zur Verantwortung zu ziehen.

– **Eine sofortige Beendigung der strategischen Partnerschaft zwischen UN und WEF**, die von mehr als 400 Organisationen im September 2019 gefordert wurde.

Originaltext und mehr: <https://www.tni.org/en/article/the-corporate-capture-of-global-governance-and-what-we-are-doing-about-it#h2> , 26. Januar 2021

Übersetzung und Anmerkungen von der SiG-Redaktion

(1) <https://www.publiceye.ch/de/standpunkte/bluewashing-30-das-wef-hat-die-uno-gekapert-und-niemand-merkt>.

Offener Brief:

<https://www.cognitofirms.com/MultistakeholderismActionGroup/CorporateCaptureOfGlobalGovernanceTheWorldEconomicForumWEFUNPartnershipAgreementIsADangerousThreatToUN>,

Übersetzung: https://www.attac.de/fileadmin/user_upload/bundesebene/SiG/sig_133.pdf (Seite 16/17).

(2) <https://www.publiceye.ch/de/standpunkte/die-welt-ernaehren-mit-dem-wef>,

https://www.foodsovereignty.org/wp-content/uploads/2020/02/EN_Edited_draft-letter-UN-food-systems-summit_070220-4.pdf?idU=3.

(3) <https://justnetcoalition.org/big-tech-governing-big-tech-german.pdf>.